



Gesetzesvorhaben zur kontrollierten Cannabisabgabe im Fokus

Ein dringender Appell der Eltern und Angehörigen aus der Selbsthilfe

Unsere Fragen – Unsere Forderungen

Eine gemeinschaftliche Erarbeitung der Selbsthilfe-Verbände:

- Bundesverband der Elternkreise suchtgefährdeter und suchtkranker Söhne und Töchter (BVEK) e.V. – www.bvek.org
- Baden-Württembergische Landesvereinigung der Eltern-Selbsthilfe Suchtgefährdeter und Suchtkranker e.V. – www.elternselbsthilfe-bw.de
- Landesverband der Elternkreise Berlin-Brandenburg EKBB e.V. – Selbsthilfe für Eltern und Angehörige von Suchtgefährdeten und Süchtigen – www.ekbb.de
- Landesverband der Elternkreise Drogenabhängiger und -gefährdeter Niedersachsen (LED) e.V. – www.led-nds.de
- Arbeitsgemeinschaft der Rheinisch-Westfälischen Elternkreise drogengefährdeter und abhängiger Menschen (ARWED) e.V. in Nordrhein-Westfalen – www.arwed-nrw.de

Wer wir sind – wen und was wir vertreten

Eltern und Angehörige stehen im Mittelpunkt

Der Bundesverband BVEK sowie die Landesorganisationen sind als Dachverbände überparteiliche und überkonfessionelle Zusammenschlüsse von örtlichen Eltern- und Angehörigenkreisen. Die Verbände unterstützen die landes- und bundesweit aktiven Selbsthilfegruppen von Eltern und Angehörigen suchtgefährdeter und suchtkranker Kinder – überwiegend Heranwachsender, aber auch Erwachsener.

Aus der eigenen Betroffenheit heraus ist es zwingend erforderlich, dass wir bei der Gestaltung der Drogenpolitik, in den Hilfesystemen und in der öffentlichen Gesundheitsversorgung mitwirken, mitreden und mitgestalten.

Zentrales Thema in unseren Selbsthilfegruppen ist der Umgang mit der Suchterkrankung des Kindes oder Angehörigen und die Erkenntnis, etwas für sich selbst zu tun - das eigene Wohlbefinden und den eigenen Schutz in den Mittelpunkt zu stellen. Zuhören, Erfahrungen austauschen, gegenseitige Stärkung und Motivation sind Inhalte der Gruppen-Treffen.

Schwarmwissen und Experten in eigener Sache

Und dann ist da noch der enorme, über fünf Jahrzehnte gesammelte Erfahrungsschatz und das Wissen der vielen Eltern und Angehörigen in den Selbsthilfegruppen.



Kontrollierte Cannabisabgabe – ein geplantes Gesetz mit vielen offenen Fragen und Forderungen

Auch wir in den Eltern- und Angehörigenkreisen diskutieren das Für und Wider des geplanten Gesetzesvorhabens. Was ist uns wichtig?

1. Jugendschutzkonzept – höchste Priorität

Unsere Frage:

- Wie werden Kinder und Jugendliche geschützt, für die der Genuss von Cannabis altersgemäß weiterhin illegal ist?

Unsere Forderung:

- Ein Jugendschutzkonzept, das mit der Einführung der Cannabisabgabe umgesetzt wird: verbindlich, länderübergreifend, standardisiert, auskömmlich finanziert.

2. Die Schule – kein Schwarzmarkt für Drogen

Unsere Frage:

- Wie stellen sich Schulämter und Schulen zu der neuen gesetzlichen Grundlage auf?

Unsere Forderungen:

- „Rausch als Schulfach“: Umfassendes Grundwissen in der Bevölkerung schaffen.
- Psychosoziale Unterstützung der Schüler*innen und ihrer Familien als Regelaufgabe der Schulen – insbesondere die Suchtprävention.
- Vernetzungen ermöglichen, verbessern und fördern (z.B. mit Selbsthilfe, Präventionsstellen und Suchtberatung, Jugendhilfe, Jugendförderung etc.).

3. Unsere größte Sorge: Doppeldiagnosen

In unseren Elternkreisen ist das bei den betroffenen Jugendlichen und jungen Erwachsenen häufigste Krankheitsbild die Doppeldiagnose (Cannabiskonsum / Psychose). Unsere Erfahrung ist, dass sowohl unsere betroffenen Kinder als auch wir Eltern und unsere Familien allein gelassen werden.

Unsere Forderung:

- Wir fordern ein Konzept und dessen Umsetzung zur Behandlung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit diesem Krankheitsbild und zur Unterstützung von uns Eltern und unseren Familien.



4. Anbau und Abgabe – Reguliert, kontrolliert und ohne Profit

Unsere Frage:

- Wie werden der Anbau und die Abgabe realisiert, mit welchen Auflagen, mit welchen Kenntnissen des Fachpersonals und wie erfolgt die Kontrolle?

Unsere Forderungen:

- Staatlich kontrollierte Abgabestellen nur für Cannabisprodukte.
- Die Produkte und die Abgabestellen dürfen nicht beworben werden.
- Kein profit-orientiertes Abgabekonzept.
- Standorte und Häufigkeit nicht gleichberechtigt mit Versorgungszentren für den täglichen Bedarf, Kindergarten, Schulen, Sportstätten etc.
- Verbot von Eigenanbau ohne Wenn und Aber.

5. Einnahmen des Staates: Sachbezogene Verwendung „ein Muss“

Unsere Frage:

- Wie werden die über die Cannabis-Abgabe erzielten Erlöse verwendet?

Unsere Forderungen:

- Alle Einnahmen des Staates, die mit der Cannabis-Abgabe erzielt werden, sind sachbezogen für die Suchtprävention und Suchthilfe einzusetzen.
- Wichtig ist uns, diese Gelder für die Prävention, die Unterstützung des mitbetroffenen Familien- und Angehörigensystems und die finanzielle Sicherung und Weiterentwicklung der Behandlung psychischer Folgeerkrankungen zu verwenden.

War´s das? Nein, wir sind uns sicher: Fortsetzung folgt!

Diese Fragen hätten wir zum Beispiel noch:

- Konsequenz-System bei Vergehen?
- Polizei, Ordnungsamt, Gesundheitsamt ...- wer ist zuständig?
- Wie wird sichergestellt, dass ausreichend ambulante und stationäre Entgiftungs- und Therapieplätze zur Verfügung stehen?
- Wie kann es gelingen, dass die Bevölkerung umfassend über Behandlungs- und Therapiemöglichkeiten informiert ist?
- Welche Maßnahmen sind zur Prävention der Cannabis-Sucht geplant?
- Auch weitere illegale Substanzen werden verbreitet von unseren Kindern konsumiert: Wie und in welchem Zeitfenster ist der weitere dringend notwendige Umbau der deutschen Suchtpolitik vorgesehen?

Wir fordern nicht nur und lassen andere machen:

Sprechen Sie mit uns – Verändern wir gemeinsam!